

Krieg in Palästina: Wo ist die Menschlichkeit?

Tausende Menschen wurden bei den Bombardierungen Gazas und der Bodenoffensive der israelischen Armee mittlerweile getötet, laut Angaben des UN-Kinderhilfswerks Unicef darunter fast 4000 Kinder. Und das Töten geht weiter, vor den Augen der Weltöffentlichkeit. In Gaza findet eine humanitäre Katastrophe statt, die auf der ganzen Welt Empörung und Solidarität mit den Palästinenser:innen hervorruft.

Die Hilfsorganisation „Ärzte ohne Grenzen“ spricht von „Gräueltaten von noch nie dagewesenem Ausmaß“, Angelina Jolie davon, dass Gaza zu einem Massengrab werde. Vor der Bodenoffensive hatte die israelische Armee die Bevölkerung Gazas zynisch aufgefordert, aus dem Norden in den Süden des Gazastreifens zu fliehen, wobei alle Grenzen abgeriegelt sind. Lediglich ein paar Hundert Menschen mit ausländischem Pass durften nun Gaza Richtung Ägypten verlassen.

Die israelische Armee und Regierung sprechen nach dem Angriff vom 7. Oktober von „Verteidigung“ gegen die Hamas. Ja, das Massaker der Hamas an über 1.000 jüdischen Zivilist:innen war barbarischer Terror. Doch die israelische Armee verübt ebenfalls ein Massaker mit schon achtmal mehr Todesopfern. Über 2 Mio. Menschen werden kollektiv bestraft. Durch die vollständige Blockade fehlt es an Treibstoff für Generatoren, so dass weder Wasserversorgung noch Krankenhäuser funktionieren können. Die Bevölkerung Gazas hat schon vor dem jetzigen Krieg am Tropf von Hilfslieferungen gehangen, weil das von Israel komplett abgeriegelte Gebiet nicht lebensfähig ist. Und nun fehlt es an allem.

Antisemitismus überall?

Diese schreiende Ungerechtigkeit und das Leid der Menschen in Gaza sind Gründe genug, für die Palästinenser:innen auf die Straße zu gehen. Doch wer in Deutschland protestiert gegen die Politik der rechtsradikalen israelischen Regierung, wird von der offiziellen Politik und vielen Medien sofort zur Antisemit:in gestempelt.

Wochenlang wurden alle pro-palästinensischen Demonstrationen polizeilich verboten, was wirklich ein Skandal ist. Die Berliner Bildungssenatorin (CDU) hat sogar das Tragen von Palästinenser-tüchern und Flaggen an Schulen verbieten lassen. Das heißt, die palästinensische Identität an sich soll jetzt schon antisemitisch sein?

Es besteht ein gravierender Unterschied zwischen antisemitischer Hetze einerseits und einer Kritik und Verurteilung der Politik des Staates Israel gegen die

Palästinenser:innen andererseits. Nicht wenige Jüd:innen weltweit kritisieren Israel und gehen für die Freiheit Palästinas auf die Straße: In Washington besetzten Jüd:innen das Kapitol und forderten einen Waffenstillstand. Hunderte Aktivist:innen der „Jüdischen Stimme für Frieden“ besetzten unter dem Motto „Nicht in unserem Namen“ den größten Bahnhof von New York. Auch in Israel selbst gab es erste kleine Proteste, die ein Ende des Krieges forderten. Diese Proteste sind ganz sicher nicht antisemitisch.

Die Verantwortung Deutschlands

Gerne sprechen Politiker:innen jetzt über den „importierten Antisemitismus“. Und das in Deutschland, 78 Jahre nach dem Holocaust an den europäischen Jüd:innen und 4 Jahre nach dem antisemitischen Attentat in Halle. Doch nun werden Migrant:innen für jeglichen Antisemitismus verantwortlich gemacht und Deutschland stellt sich als Moralapostel dar.

Dafür wird der Holocaust, die systematische Ermordung von 6 Mio. Jüd:innen durch deutsche Nazis, als Begründung herangezogen, weshalb Deutschland bedingungslos an der Seite Israels und seiner jeweils aktuellen Regierung stehen müsse.

Dabei haben viele der größten deutschen Unternehmen, die heute bedingungslos an der Seite Israels stehen, von der Naziherrschaft, manche sogar direkt vom Holocaust profitiert. Für Jüd:innen bedeutet die Existenz des Staates Israel keine sichere Zuflucht. Er behandelt Araber:innen als Bürger:innen zweiter Klasse und unterdrückt sie in den palästinensischen Gebieten seit Jahrzehnten militärisch. Damit sorgt er für Hass und Verzweiflung, auf deren Grundlage die Hamas stark werden konnte.

Unsere Verantwortung, nicht nur in Deutschland, ist es gegen jede Form von Unterdrückung und Barbarei zu protestieren. Das heißt konkret für ein Ende des israelischen Kriegs in Gaza und für das Recht auf Selbstbestimmung der Palästinenser:innen, wie auch der jüdischen und aller anderer Menschen in der Region!

Von Kolleg:innen für Kolleg:innen...

Dit Geld is alle ...

... und nix Neues: denn immer noch haben wir keinen Inflationsausgleich bei uns an der CFM. Auch die Rückführung in die Charité liegt in weiter Ferne – 2025 soll es angeblich los gehen, doch wird das Geld dann auch wirklich reichen? Und wie prekär die Lage bei uns ist, zeigt auch bald eine ZDF Reportage über eine CFM-Kollegin, die seit Jahren nicht mehr in den Urlaub fahren kann und sehr auf den Ausgleich gehofft hat. Für sie könnte die Forderung der Bundes-CDU für mehr Geld für Krankenhäuser vielleicht Hoffnungen wecken, doch praktisch wird das nichts ändern – oder warum macht die Union in Berlin nix locker für die CFM Kolleg:innen?

In den letzten Jahren haben wir immer wieder gesehen, von der Politik bekommen wir nix geschenkt. Daher müssen wir selbst aktiv werden, um denen da Oben Angst zu machen. Für den Anfang könnten wir doch mal auf eine Gewerkschaftsversammlung (23.11.2023, 16.30 Uhr) gehen oder alle zusammen auf die Betriebsversammlung am 07.12.2023 um 9.00 Uhr.

Generalmieter

Das ist die Charité jetzt für ein Apartmenthaus von Berlinovo mit 76 Wohneinheiten. Mit Photovoltaik, Solarthermik und allem Pipapo. Wohl vor allem gedacht für die neu angeworbenen Kolleg:innen in ihrer Anerkennungsphase. Doch klar dürfte sein, die Mieten sind gepfeffert. Und da sind wir beim Grundproblem. Die Miete ist einfach viel zu hoch. Dafür kann die Charité vielleicht nichts, aber betroffen von diesen Mieten sind sehr viele der Beschäftigten. Kann es da wirklich der richtige Weg sein, zum Modell der Werkswohnungen zurückzukehren anstatt Druck auszuüben, dass endlich mehr und bezahlbarer Wohnraum gebaut wird. Oder will man so das Personal binden? Denn bei Werkswohnungen ist es nun mal so, wer kündigt, fliegt auch aus der Wohnung

Alter Wein in neuen Schläuchen

Was liest man beim Lauterbach-Ministerium? Die PPR 2.0 wird eingeführt. Also Pflege weiter nach Minutenvorgaben. Wir haben nicht vergessen, dass die PPR immer nur Verwendung fand, um uns zu erklären, warum wir eigentlich mit zu viel Personal arbeiten würden. Und das, wo wir dem Lauterbach doch so schön eine Brücke mit unserem Tarifvertrag Entlastung gebaut hatten. Wir wissen am Besten, wie viel Kolleg:innen wir benötigen um gut zu versorgen und zu pflegen.

Charité goes Politics?

Beim World Health Summit stellte unsere Personalchefin ein Positionspapier vor, um einen Weg zu zeigen, wie der Mangel an Pflegekräften behoben werden könnte. Das Papier ist eine Koproduktion mit anderen Klinikleitungen. Doch der Inhalt ist gar nicht so neu: Akademisierung und Ausbau der Kompetenzen von Pflegekräften. Neu scheint eher, dass der Lauterbach von Charité und Co ein Programm vorgelegt bekommt, welches er unbedingt umsetzen soll. Ein Schelm wer da besondere Ambitionen unserer Personalchefin vermuten würde? Ob es die internationalen Teilnehmenden des Kongresses tatsächlich so sehr interessiert hat?

Streikwelle vor uns?

Tarifverhandlungen gibt es gerade einige. Eben haben die Kitas gestreikt, Streiks stehen beim Groß- und Einzelhandel an. Die Gewerkschaft der Lokführer bereitet sich auf Streiks bei der Bahn vor. Auch der Öffentliche Dienst ist dabei. Es geht um den TV-L. Gefordert sind dort 10,5 %, aber mindestens 500 € mehr. Auch die Azubis sollen 200 € mehr im Monat erhalten. Gemeinsam sind wir stark gilt auch, wenn wir selbst gerade weder an Charité noch CFM im Arbeitskampf stehen. Es wird Demos geben, Streikposten und andere Gelegenheiten, sich gegenseitig den Rücken zu stärken.

Rekrutierungstipps

Wenn's irgendwie nicht so richtig läuft, dann machste was? Richtig, erst Mal wird ne Studie beauftragt. So ward also gerade eine solche in Auftrag gegeben zum Thema „Rekrutierung von Pflegepersonal“. Boah, und was da alles untersucht wurde – Internetseite, Social Media und und ... dass allerdings auch die hippeste tiktok-Präsenz nicht über miese Bezahlung und Arbeitsbedingungen hinwegtäuscht, stand da nicht drin. Sehen wir ja bei uns an der Charité, die ganz vorne mit dabei war, worüber sich unsere Chef:innen wie bolle freuen. Dabei gibt es doch in Preußen durchaus Erfahrungen bei der Rekrutierung für unbeliebte Jobs. Die Werber des Königs machten die Jungs besoffen und am nächsten Tag waren sie Grenadiere...

Aber einen guten Schneider hamse...

Manchmal denkste, du gloobst et nich. Edelschneiderei Prada bot jetzt neulich – zur besonderen Würdigung der Leistungen des medizinischen Personals – eine Kollektion an Schwesternkleidung an. Sicher gut gemeint, nur dass bei den Gehältern sicher gerade mal die Knöpfe bezahlbar wären.

Alles wie immer -

nur schlimmer. Neulich in Hessen. Was haben die Politiker:innen aller Farben vor den Wahlen wieder rumgetönt, was alles im Gesundheitsbereich besser werden soll. Wahl vorbei, Plakate abgehängt - Wat interessiert sie jetzt ihr Geschwätz von gestern. An den Kliniken Gießen-Marburg werden jetzt noch nicht Mal mehr die Belastungsanzeigen an den Betriebsrat weitergeleitet, er könnte ja dagegen aktiv werden. Allerdings verlautet aus Kolleg:innenkreisen, sie wollen keinesfalls bis zur nächsten Wahl auf die Lösung des Problems warten.

Care-Stammtisch

Am Montag, den **13. November**, gibt's unseren ersten Care-Stammtisch für Kolleg:innen aus dem Pflege- und Sozialbereich! Wir treffen uns **18.00 Uhr in der Berliner Kantine** (Bertolt-Brecht-Platz 1, nahe S/U Friedrichstraße), ihr erkennt uns an unserem schicken Vitamin C auf dem Tisch! Bei unserem ersten Treffen wollen wir uns kennenlernen, über unsere Arbeitsbedingungen/ realitäten sprechen und uns vernetzen! Kommt zahlreich, wir freuen uns auf euch!

Wenn Dir das Flugblatt gefällt, gib es doch an Kolleginnen und Kollegen weiter...

Wir sind erreichbar unter - flugblatt_charite@gmx.net - www.sozialismus.click

V.i.S.d.P.: Florian Sund, Schmarjestr. 17 14169 Berlin